

»Die Politik misst ihren Erfolg nur noch daran, ob die Ankunfts zahlen sinken«

Marcus Engler im Gespräch mit Petra Bendel über die aktuelle Flüchtlings- und Asylpolitik der deutschen Bundesregierung

Marcus Engler ist Sozialwissenschaftler am Deutschen Zentrum für Integration und Migration (DeZIM) in Berlin. Seine Projekte und Publikationen drehen sich insbesondere um Konzepte von Flucht, um Zugangswege nach Deutschland und Europa, um Resettlement und humanitäre Aufnahmeprogramme und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Im Oktober 2025 äußerte er sich zu der Frage, wie er die aktuelle Flüchtlings- und Asylpolitik der deutschen Bundesregierung einordnet. Das Manuskript wurde zuletzt im März 2026 überarbeitet und leicht aktualisiert.

Petra Bendel: Auch wenn es bei den Zugangszahlen derzeit etwas ruhiger geworden ist, verfolgt doch die aktuelle Bundesregierung dezidiert eine veränderte Migrationspolitik, welche die Steuerung und Begrenzung von Migration in den Mittelpunkt stellt. Inwiefern lässt sich Migration, vor allem erzwungene Migration, um die es uns ja hier geht, aus Sicht der Forschung überhaupt steuern und begrenzen?

Marcus Engler: Migrations- und Fluchtbewegungen lassen sich ein Stück weit steuern, aber es ist sehr schwer einzuschätzen, in welchem Ausmaß. Klar sollte sein, dass man solche Bewegungen nicht komplett steuern oder beschränken kann. Es gibt durchaus politische Handlungsmöglichkeiten auf verschiedenen Ebenen, sie sind jedoch viel begrenzter, als es die politische Rhetorik behauptet. Nicht erst die aktuelle Regierung erweckt den Eindruck, dass es nur noch ein paar weitere Restriktionen bräuchte – andere Steuerungselemente sind aus dem Blick geraten – und dann seien Migrationsbewegungen komplett unter Kontrolle.

Ich würde das als eine Mischung aus Unwissenheit und Populismus klassifizieren. Ich verstehe, dass es für politische Entscheidungsträger:innen schwierig ist zu sagen, dass sie Migrationsbewegungen nicht unter Kontrolle haben. Aber die Kontrolle ist eben durch verschiedene Faktoren begrenzt. Dabei sehe ich einen gewissen Trade-Off zwischen Menschenrechten und Kontrollmöglichkeiten. Wenn Menschenrechte beachtet werden, dann lassen sich zum Beispiel keine Zurückweisungen rechtfertigen oder gar physische Gewalt gegen Geflüchtete anwenden. Das in

Politik und Medien beliebte Paradigma »Humanität und Ordnung« sehe ich daher kritisch. Ich erkenne an, dass beides wichtige Ziele sind, bin aber der Auffassung, dass sie nicht reibungslos zu vereinen sind. Das bedeutet: Wenn wir unsere Humanität bewahren wollen, müssen wir akzeptieren, dass wir keine vollständige Kontrolle über Flucht- und Migrationsbewegungen haben.

Weitere limitierende Faktoren für die Effektivität von Migrationssteuerung liegen im Handeln anderer Staaten, die mit eigenen, oft widerläufigen Interessen kollidieren, was sowohl EU-Staaten als auch Drittstaaten betrifft. Und letztlich geht es auch um die faktischen Möglichkeiten zur Kontrolle. Staaten wie Deutschland und die EU insgesamt wenden unglaublich viele Ressourcen für die Migrationskontrolle auf. Trotzdem sind unsere Grenzen Tausende von Kilometern lang und nicht vollständig zu kontrollieren. Menschen, die starke Motive und einige Ressourcen haben, werden – selbst wenn sie fünfmal an einer Grenze zurückgewiesen werden – nicht aufgeben und irgendwann diese Grenze überqueren.

Petra Bendel: Wir sehen, dass von Mai 2025 an, praktisch mit Amtsantritt des neuen Bundesinnenministers, bis September 2025 rund 40.000 Asylerstanträge gestellt wurden. Das sind weit weniger als die Hälfte der Asylanträge im Vergleichszeitraum 2024. Funktioniert die Begrenzung also trotz der von Dir genannten limitierenden Faktoren?

Marcus Engler: Zunächst ist es mir wichtig, nicht die Prämisse zu übernehmen, dass es grundsätzlich ein unproblematisches Ziel ist, die Ankunft von Schutzsuchenden mit allen Mitteln zu reduzieren. Man kann die Diskussion führen, ob Deutschland zu viele Schutzsuchende aufgenommen hat – vielleicht waren die Aufnahmekapazitäten am Limit oder politische Konflikte zu weitreichend. Dann aber müsste man die Debatte ernsthaft führen, wie man internationale Verantwortungsteilung organisieren möchte und wo Personen überhaupt Schutz finden könnten. Doch diese Debatte wird nicht im Ansatz geführt, man nimmt Schutzsuchende einfach aus der Gleichung. Die Politik misst ihren Erfolg nur noch daran, ob die Ankunfts zahlen sinken. Und viele Journalist:innen fragen nur noch danach, ob die Beschränkungen funktionieren oder nicht und blenden weitergehende Fragen aus.

Bezüglich der Wirkungszusammenhänge: Ständig hören wir führende Politiker, wie Herrn Merz und Herrn Dobrindt, die sagen: »Wir haben diese Zahlen runter gebracht.« Ich finde, diese Frage empirisch zu beantworten, ist äußerst anspruchsvoll. Die Datenlage ist nicht ausreichend und mögliche Einflussfaktoren sind zahlreich. Wir können uns nur der Frage annähern, können sie nicht so klar beantworten, wie es Politiker tun. Meine Gesamteinschätzung ist aber, dass das Sinken der Asylzahlen nur wenig mit dem Handeln der Großen Koalition zu tun hat. Das gilt schon allein deshalb, weil die Zahlen bereits deutlich früher gesunken sind, nämlich spätestens seit Anfang 2024. Es gab Restriktionen in der deutschen Politik seit Herbst 2023, so etwa die Einführung der Bezahlkarte, der Grenzkontrollen, einige andere Maßnah-

men, die die Ampel beschlossen hatte. Es ist schon möglich, dass all diese Restriktionen kombiniert einen gewissen Effekt haben, dennoch halte ich den Effekt nicht für sehr groß. Faktoren, die außerhalb Deutschlands liegen, haben meiner Ansicht nach einen deutlich größeren Einfluss. Insbesondere die leichte Verbesserung der Lage in Syrien.

Petra Bendel: *Würdest Du denken, dass wir als Forscher:innen diesen empirischen Nachweis führen könnten? Wir könnten ja schon überprüfen, ob es eine Umleitung von Migrationsrouten dadurch gibt, dass Zugangswege verschlossen werden. Wir können ebenfalls prüfen: Gibt es eine Erhöhung der Zurückweisungen, sodass Asylanträge gar nicht erst an deutschen Grenzen oder dahinter gestellt werden können? Und wir können analysieren, wie viele Personen noch aus den bisherigen Hauptherkunftsländern kommen – aus Afghanistan, Syrien, der Türkei? Korreliert der Rückgang der Asylanträge positiv mit der dortigen politischen Entwicklung? Schließlich lässt sich vergleichen, wie sich die Zugangszahlen und die Zahl der Antragstellen in anderen EU-Staaten entwickeln.*

Marcus Engler: Wir müssten verschiedene Datenquellen permanent beobachten und im längerfristigen Kontext sehen. Es ändern sich ja ständig alle möglichen Dinge in einzelnen Herkunfts- und Transitländern. In der Debatte wird jedoch oft so getan, als würden Geflüchtete alle aus einem Land kommen und es würden auf alle diese Menschen die gleichen Einflussfaktoren wirken. Das ist aber überhaupt nicht so! Die Entscheidung zur Flucht ist unterschiedlich in Syrien, in Afghanistan, in der Türkei. Das muss man Land für Land anschauen und dabei noch für bestimmte Gruppen in diesen Ländern.

Wir müssten ferner prüfen: Was passiert in anderen möglichen Zielländern? Die USA haben zum Beispiel für Menschen aus Lateinamerika einen großen Einfluss. Wenn es in den USA große Veränderungen gibt, sehen wir eine stärkere Orientierung nach Europa. Wenn wir über Flucht aus Afghanistan reden, dann müssen wir schauen, was zum Beispiel im Iran, in Pakistan und in der Türkei passiert. Das ist sehr kleinteilig.

Wir können natürlich auch beobachten, wie sich die Asylzahlen in Europa insgesamt entwickeln. Wie entwickeln sich die Zahlen an den EU-Außengrenzen und an den Binnengrenzen? Wie sieht es mit den Entscheidungen über Asylanträge aus? Wie entwickeln sich andere Migrationskanäle, etwa Arbeits- oder Familienmigration?

All diese Daten sind selektiv, keine Datenquelle bildet die Realität exakt und vollständig ab. Wir können aber trotzdem ein Bild zusammensetzen, in mühevoller Kleinarbeit, was Politik ja überhaupt gar nicht erst versucht. Und man müsste Schutzsuchende befragen: Wie haben bestimmte Faktoren eigentlich deren Entscheidung, nach Deutschland zu kommen, geprägt? Es gibt schon viel Forschung, aber wir haben diese Daten nicht immer systematisch und häufig mit zeitlicher

Verzögerung; ihre Erfassung und Interpretation ist außerdem sehr ressourcenaufwändig.

Petra Bendel: Wenn wir mal einen Perspektivenwechsel einnehmen: Was bedeuten denn all diese Maßnahmen, die Du als restriktive Maßnahmen beschrieben hast, für die Schutzsuchenden? Was bewirken etwa Zurückweisungen an den Grenzen für Asylsuchende? Was bewirkt die Einstellung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte, außer in Härtefällen, wie wirkt sich ein Einfrieren der humanitären Aufnahmeprogramme – darunter das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan – und des Resettlements aus?

Marcus Engler: Das hat dramatische Folgen, die sich immer stärker abzeichnen. In der Debatte in Deutschland werden diese bisher weitgehend ausgeblendet. Man hat die Schutzsuchenden Menschen umbenannt in »illegale« oder »irreguläre Migrant:innen« und somit legitimiert, dass sie immer weniger Rechte haben. Festhalten lässt sich beispielsweise: Die Zurückweisung an den deutschen Grenzen sind nicht rechtskonform.

Im Blick behalten müssen wir auch die Effekte europäischer Politik insgesamt, an den europäischen Außengrenzen und darüber hinaus: etwa durch die Abkommen mit Libyen oder Tunesien. Jeden Tag werden die Rechte von Schutzsuchenden mit Füßen getreten, sterben Menschen. Das ist in der deutschen Diskussion aus dem Blick geraten. Wir sehen, dass Wege nach Europa für Schutzsuchende weitgehend verschlossen werden. Restriktion folgt auf Restriktion. Wir hatten eine Phase in Deutschland unter der Ampel-Regierung, wo es für ein, zwei Jahre eine gewisse Liberalisierung gab. Aber jenseits dessen können wir in Deutschland in den vergangenen zehn Jahren einen überwiegend restriktiven Trend beobachten, auf europäischer Ebene ohnehin.

Die grundlegende Frage lautet: Wo bekommen Menschen überhaupt noch Schutz? Hier muss man sich wirklich große Sorgen machen. Ich befürchte, dass das globale Flüchtlingsregime, das ohnehin immer schon sehr fragil war, gerade komplett zerstört wird. Erstens durch die dramatischen Kürzungen von Budgets für humanitäre Hilfe und UN-Institutionen insgesamt, zweitens durch das Aussetzen von Aufnahmeprogrammen. Hier spielen die USA, aber auch Deutschland eine zentrale Rolle. Es gibt Berichte, die davon ausgehen, dass allein die Kürzungen der USA dazu führen werden, dass mehr als 10 Millionen Menschen zusätzlich sterben werden in den nächsten Jahren, vor allem aufgrund schlechterer Versorgung mit Lebensmitteln, medizinischer Hilfe und den Wegfall von Maßnahmen der Gewaltprävention. Und derlei wird in den Nachrichten berichtet und kaum jemand interessiert sich dafür. Das heißt für mich: Eine Mehrheit in unserer Gesellschaft akzeptiert es.

Wir sehen zwar in Umfragen, dass eine Mehrheit sagt, sie wolle keine Rechtsbrüche und keine einseitig gewaltförmige oder restriktive, sondern eine ausgewo-

gene Politik: Kontrolle, aber auch Humanität und Schutzgewährung. Aber es gibt nur sehr wenige Akteure, die sich auflehnen gegen die offenkundig gewaltsame und abweisende Politik, die wir gegenwärtig beobachten können.

Petra Bendel: *Ja, das wäre die nächste Frage. Beobachtest du eigentlich Gegentendenzen zu diesen Trends, etwa in Umfragen oder auch in Aktivitäten? Wer könnten Akteure sein, die Gegenbewegungen tragen?*

Marcus Engler: Es gibt Gegenbewegungen von zivilgesellschaftlichen Akteuren, kritischen Jurist:innen, auch natürlich einigen politischen Akteuren. Und wir in der Wissenschaft beobachten die Veränderungen sehr kritisch und ordnen sie ein. Aber im Moment habe ich nicht den Eindruck, dass diese Kritik Einfluss auf politische Entscheidungen nimmt. Das Regierungsprogramm kennt man und man sieht, wie die handelnden Akteure über Flucht und Migration sprechen. Und es deutet eigentlich kaum etwas darauf hin, dass sich der Regierungskurs ändern wird. Alle sehen, dass die rechtsextreme AfD immer weiter an Zustimmung gewinnt. Und Parteien, vor allem die Union, aber auch ein Stück weit die SPD, denken, dass sie mit einem restriktiven migrationspolitischen Kurs Stimmen der AfD zurückbekommen. Und obwohl längst deutlich geworden ist, dass ein solches Vorhaben nicht funktioniert, machen sie damit immer weiter.

Ich finde es wirklich erschreckend, dass es jetzt normal geworden ist, von Härte zu sprechen, als positive Selbstbeschreibung der Politik der Bundesregierung. Für mich heißt »Härte« – wenn wir über schutzsuchende Menschen sprechen – Gewalt, physische Gewalt, Entrechtung und Abwertung. Und sich selbst ein solches Attribut zuzuschreiben, finde ich erschreckend. Es sind wirklich dunkle Zeiten, wenn Regierungsvertreter:innen in Deutschland so sprechen. Ich gehe davon aus, dass es sich ein Stück weit um Hilflosigkeit handelt, weil der Regierung keine andere Strategie einfällt. Und ein Stück weit ist es auch eigene Überzeugung. Es gibt auch in den Regierungsparteien Menschen, die eine andere Politik verfolgen möchten, sie sind jedoch im Moment komplett marginalisiert.

Die gegenwärtige migrationspolitische Ausrichtung ist Teil eines größeren politischen Zusammenhangs. Bei den Debatten um Brandmauern geht es um sehr viel mehr als um Flüchtlingsschutz. Es geht um Machterhalt, aber auch letztlich um die Veränderung unserer Demokratie. Migration und Flucht sind hierbei ein zentrales Spielfeld und die Rechte von Flüchtlingen sind so etwas wie ein Kollateralschaden.

Petra Bendel: *Wie nimmst Du die demokratischen Oppositionsparteien in diesem Politikfeld wahr?*

Marcus Engler: In der Ampel-Regierung gab es sehr heftige migrationspolitische Konflikte bei SPD und Grünen. Die SPD scheint gerade jedoch fast alles mitzu-

machen, was die Union will, verhindert nur noch Details. Die Grünen sind noch dabei, sich wieder neu zu sortieren und bleiben in der Opposition davon befreit, schwierige Kompromisse machen zu müssen. Die Linke verfolgt einen erkennbar anderen Kurs. Aber insgesamt sieht man nicht, dass sich kurzfristig irgendwelche Veränderungen in den politischen Mehrheiten abzeichnen.

Das Gesamtgefüge von Entscheidungen, wie die dramatischen Kürzungen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe plus das Streichen der letzten regulären Aufnahmewege, führt nicht nur zu unglaublich viel Leid, sondern sehr wahrscheinlich auch zu mehr irregulärer Migration. Welche Alternativen bieten sich Schutzsuchenden denn? Insofern ist es auch keine kluge Politik. Der einzige Weg aus dieser sehr schwierigen Situation heraus, ist aus meiner Sicht ein gelassenerer und pragmatischer Umgang mit Flucht und Migration, ein nicht ständiges Eskalieren dieser Thematik, eines Akzeptierens, dass man nicht die vollständige Kontrolle hat. In Deutschland könnten die Aufnahmesysteme verbessert werden. Stattdessen aber wird überall gekürzt, im sozialen Bereich, bei der Bildung, bei der Integrationspolitik, bei Gewaltschutzprävention. Das ist genau der falsche Ansatz. Es wäre außerdem sinnvoll, die Erstaufnahmeländer zu stärken, zu unterstützen. Aber die politischen Entscheidungen gehen in die komplett andere Richtung.

Petra Bendel: Also könnte man sagen, wir sind geradezu auf einem kontraproduktiven Weg, sowohl was den Flüchtlingsschutz angeht, was die sogenannte irreguläre Migration angeht und was die parteipolitischen Auswirkungen hierzulande angeht, wäre das deine Quintessenz?

Marcus Engler: Ja, so scheint es. Es lässt sich nicht erkennen, dass SPD und Union, die für den restriktiven migrationspolitischen Kurs stehen, politisches Kapital daraus schlagen. Gegenwärtig sprechen wir von multiplen Krisen. Es entsteht der Eindruck, dass die Lebensverhältnisse sich in den nächsten Jahrzehnten für sehr viele Menschen eher verschlechtern werden, es nicht mehr Stabilität und Sicherheit geben wird, sondern weniger. Mir scheint, das ist der Hintergrund für eine große gesellschaftliche Verunsicherung, die Entsolidarisierung und letztlich den Erfolg der AfD.

Wahrscheinlich ließe sich unsere Demokratie wieder stabilisieren, wenn die politischen Parteien der Mitte nicht selbst extreme Diskurse bedienen würden und stattdessen der Bevölkerung das Gefühl gäben, dass sie ihre Probleme lösen. Letztlich aber fallen politische Entscheidungsträger immer wieder auf das Thema Migration zurück. Zwar gibt es bei nicht Wenigen in den demokratischen politischen Parteien ein gewisses Problembewusstsein dafür. Aber die Mechanismen oder die Anreizstrukturen scheinen so zu sein, dass sie sich dem nicht entziehen können.

Petra Bendel: Du hast kurz erwähnt, dass man Erstaufnahmestaaten unterstützen müsste. Welche Policies würdest du darüber hinaus empfehlen? Welche wären realistisch?

Marcus Engler: Wenn wir die politischen Kräfteverhältnisse auf europäischer Ebene anschauen, erwarten uns in den nächsten Monaten und Jahren weitere Restriktionen. Vorstellungen über die Effektivität weiterer Externalisierungen sind bei europäischen Regierungen weit verbreitet. Insofern werden Regierungen, auch die Bundesregierung, versuchen, Asylsuchende und andere Migrant:innen in Drittstaaten zu bringen – auch solche, die nicht in das Herkunftsland abgeschoben werden können. Ich bin mir recht sicher, dass Regierungen weiter daran arbeiten werden, vielleicht sehen wir bald die ersten Pilotprojekte. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass das im großen Stil funktionieren wird, nicht nur Kostengründe sprechen dagegen, auch die Interessen der Herkunftsstaaten. Selbst wenn das sogenannte Verbindungskriterium, dass die Abschiebung in Länder verbietet, zu denen Menschen keine substanziellen Bezüge haben, seine Bedeutung verliert, wird es weiterhin rechtliche Barrieren geben, die verhindern, dass Menschen in instabile Länder gebracht werden. Wenn wir schlichtweg nur darauf schauen, wie viel Geld die Maßnahmen kosten und wie gering der Nutzen ist, könnte man davon sprechen, dass diese Politik völlig irrational ist. Es ist keine gute Politik. Ganz abgesehen von den Menschenrechtsverletzungen, die damit einhergehen.

Gute Politiken müssen gar nicht neu erfunden werden. Die Staaten haben sich zum Beispiel im Globalen Flüchtlingspakt darauf verständigt, dass Erstaufnahmestaaten finanzielle Unterstützung erhalten, die dem tatsächlichen Bedarf entspricht. Gleiches gilt für die Bereitstellung von Resettlement-Plätzen. Parallel dazu ermöglichen Erstaufnahmestaaten Geflüchteten eine bessere Teilhabe bei Bildungs- und Arbeitsmarktgelegenheiten.

Petra Bendel: *Was können wir denn als Migrationsforschende tun?*

Marcus Engler: Ich sehe zunächst mit einiger Sorge, dass zivilgesellschaftliche Akteure und die kritische Forschung unter Druck geraten. Mit Blick auf die Zivilgesellschaft werden unliebsame Akteure bereits daraufhin untersucht, ob sie noch verfassungskonform sind. Es gibt Einschüchterungsversuche, es gibt Kürzungen von Geldern. Das sind autoritäre Tendenzen, das geht weit über eine konservativere oder restriktivere Migrationspolitik hinaus. Es handelt sich wirklich um Alarmzeichen für den Fortbestand einer liberalen demokratischen Ordnung. Dies müssen wir klar als solche benennen.

Die Diskussionen um Fluchtbewegungen und Migration sind inzwischen hochgradig politisiert und ideologietrieben. Sie haben einen stark performativen Charakter, das heißt politische Akteure stellen das Inszenieren von Handlungsfähigkeit und das Adressieren von Ressentiments ins Zentrum ihrer Politik. Insofern ist es schwer für kritische Migrationsforscher:innen, von der Regierung gehört zu werden. Wir sollten es aber nicht aufgeben. Auch in den Regierungsparteien, in anderen demokratischen Parteien ohnehin, finden sich Menschen, die weiterhin ernst-

haft an Forschungsergebnissen interessiert sind. Hier müssen wir uns noch stärker engagieren und noch proaktiver um Transfer und Politikberatung bemühen. Und wir sollten daran arbeiten, uns noch besser zu vernetzen und die Kräfte zu bündeln.

Petra Bendel: *Lieber Marcus, herzlichen Dank für dieses Gespräch!*